

Neues im Lande

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit der Landtagswahl 2003 ist die politische Landschaft in Niedersachsen verändert worden. Eine neue Landesregierung ist am Ruder - mit einer Mehrheit ausgestattet, die nicht einmal von Optimisten aus den eigenen Reihen prognostiziert wurde.

Ein zentrales Thema des Wahlkampfes war die Schulpolitik. Ohne analysieren zu wollen, welchen Einfluss diese auf das Wahlergebnis hatte, darf aus dem Wahlergebnis abgeleitet werden, dass von der neuen Landesregierung auch eine bessere Bildungspolitik erwartet wird. Ich bin sicher: Das neu auf den Weg gebrachte Schulgesetz mit dem Titel **„Gesetz zur Verbesserung von Bildungsqualität und zur Sicherung von Schulstandorten“** wird den Impuls dazu geben. Das Anhörungsverfahren hat im Mai 2003 stattgefunden. Im Landtag Niedersachsen stand das neue Schulgesetz Ende Juni zur Debatte. Es wurde am 25. Juni 2003 beschlossen.

Das Gesetz hat neben tiefgreifenden Veränderungen im Bildungsbereich auch notwendige Schulstrukturreformen zur Folge. Dabei wird die Schulaufsicht unseres Bildungswesens in staatlicher Gewährsträgerschaft neue Aufgaben wahrnehmen.

Welche Neuerungen wird das Gesetz für die berufsbildenden Schulen faktisch mit sich bringen? Wie ist es einzuschätzen? Als ein Silberstreif am Horizont? Oder als Auslöser von neuem Frust - besonders für die „pädagogische Bedenkenträger“- , unter denen übrigens auch die Vorgängerregierung zu leiden hatte. Ein altes Sprichwort sagt: Wo Dünkel über den Augen liegt, da kann kein Licht hinein.

In diesem Sinne appelliere ich an alle in der Bildung verantwortlichen Akteure, dem Motto zu folgen: „Mitgestalten statt kritisieren, blockieren und resignieren!“ Aber der bloße Appell nützt hier wohl wenig, denn viele der neuen Ansätze lassen sich nicht einfach von oben nach unten verordnen. Sie müssen in ihrer Sinnhaftigkeit und Wertschöpfung vor allem für den, der vor Ort unterrichtet, als sinnvoll erfahren werden können. An dieser Stelle darf ich den Bildungsexperten Jörg E. Feuchthofen zitieren, der in dieser Zeitschrift, Ausgabe September 2001, im Interview sagte: „Die Wertschöpfung von Schule liegt weder in der Schulleitung noch der Schulaufsicht, noch in der Kultusbürokratie, sondern im Klassenraum.“

Mit anderen Worten: Die neue Bildungsreform vor dem Hintergrund leerer Haushaltskassen, zu hoher Sozialausgaben und ei-

ner schwächelnden Wirtschaft ist sicher nicht einfach umzusetzen: Auch für die berufliche Bildung sind Umstrukturierungs- und Reorganisationsmaßnahmen erforderlich - will man eine Strukturkrise verhindern. Im Allgemeinen versteht man unter einer Strukturkrise eine stagnative Situation, in der im Unternehmen die interne Korrespondenz, die Statistik und das Berichtswesen zu wuchern beginnen. Die persönlichen Kontakte trocknen dabei aus, dezentrale Kreativität greift um sich und die Provinzfürsten laufen aus dem Ruder - der eine still, der andere mit Getöse. Getöse hin – Stille her.

Nur gemeinsam und unter Einbindung aller an der Bildung Beteiligten wird es nicht zuletzt zum Wohle der Schülerinnen und Schüler vorangehen.

Zum Schluss ein paar persönliche Worte: Als Ihr neuer Landesvorsitzender des BLBS Niedersachsen bedanke ich mich für das Vertrauen, das Sie mir mit dem Amt gegeben haben. Ich bin im Cloppenburg Land aufgewachsen, war nach meinen Studienzeiten in Osnabrück und Hannover 10 Jahre an den Berufsbildenden Schulen des Landkreises Osnabrück in Bersenbrück tätig, bevor ich im Jahre 1992 an die BBS Technik nach Cloppenburg wechselte. Ich unterrichtete Metalltechnik und Mathematik. Seit 6 Jahren arbeite ich als stellv. Vorsitzender des BLBS im Bezirk Oldenburg und bin seit 2001 stellv. Landesvorsitzender. Ganz besonders möchte ich mich noch einmal bei meinem Vorgänger, Gerhard Lange, für seine langjährige, hervorragende Verbandsarbeit bedanken. Für sein weiteres berufliches Wirken wünsche ich ihm viel Erfolg und persönliche Zufriedenheit.



Ich freue mich auf eine gute, konstruktive Zusammenarbeit, bin sicher, dass wir gemeinsam voran kommen werden und grüße Sie herzlich

Ihr
Heinz Ameskamp

Aus der Bildungspolitik

Die richtige Richtung

Kurswechsel in der Bildungspolitik Niedersachsens

Zu einem Gespräch über aktuelle Fragen der beruflichen Bildung hatte jetzt Niedersachsens Kultusminister Bernd Busemann den Vorstand der Berufsschullehrerverbände Niedersachsens (BVN) eingeladen.

Der vor der Niedersachsenwahl unter anderem als bildungspolitischer Sprecher der CDU Landtagsfraktion tätige neue Minister begrüßte die Vertreter des Verbandes und betonte, die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem BVN würde auch in seinem neuen Amt mit der gewohnten Kontinuität fortgesetzt.

So ging man zunächst auf die Neuordnung der Metall- und Elektroberufe ein. Der BVN sprach sich für eine landesweite Übergangsregelung aus, damit es hier nicht zu einer Kollision mit der Anrechnungsverordnung für das bewährte Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) komme. Durch eine Übergangsregelung könne verhindert werden, dass in einer Zeit, in der immer mehr Schülerinnen und Schüler in vollschulische Ausbildungsgänge drängten, immer weniger Ausbildungsplätze wegen der angespannten Wirtschaftslage zur Verfügung stünden und sich vielleicht auch immer weniger Verantwortliche um unsere Heranwachsenden effektiv kümmern, zwei Jahrgänge von Schulabsolventen gleichzeitig auf Ausbildungsplatzsuche gehen müssten.

Auch vor dem sich abzeichnenden Lehrermangel, der Aus- und Fortbildung von Berufsschullehrern wurden die Augen nicht verschlossen. Das Vorhaben der neuen Landesregierung, bis Anfang 2004 flexibel und schrittweise zirka 1200 neue Berufsschullehrer einzustellen, begrüßte der BVN ausdrücklich. Darin enthalten sind 1000 zusätzliche Stellen – angesichts der desolaten Haushaltslage ein Kraftakt. In der Vergangenheit war der BVN hier nicht sehr glücklich gewesen. Denn die Vorgängerregierung hatte für die berufsbildenden Schulen nicht eine einzige zusätzliche Lehrerstelle vorgesehen. Sie hatte vergeblich versucht, die Unterrichtsversorgung und -qualität auf dem bloßen Verordnungswege zu verbessern, was sich nicht sehr positiv auf alle Akteure ausgewirkt hatte: So mussten die Berufsschullehrer in Niedersachsen eine Kürzung der Unterrichtsstundentafeln, die Erhöhung ihrer Arbeitszeit, verpflichtende Schulpräsenztage in den Ferien, den Wegfall von Anrechnungsstunden für besondere Aufgaben und weitere Einschnitte hinnehmen. Dafür waren jedoch „Laptops für alle Schülerinnen und Schüler Niedersachsens“ von der damaligen Landesregierung in Aussicht gestellt worden.

Da sich nun auch im Lehrereinstellungssektor landesweit eine positive Entwicklung abzeichnet, riet der BVN dazu, auf die schnelle Einstellung sogenannter Seiteneinsteiger nach Möglichkeit zu verzichten. So könne auch den sich an den Hochschulen und in den Studienseminaren qualifizierenden künftigen Berufspädagogen eine Perspektive geboten und verhindert werden, dass

sie nicht damit liebäugelten, in andere Bundesländer abzuwandern.

Das neue Niedersächsische Schulgesetz, dessen Auswirkungen auf die berufsbildenden Schulen sowie das geplante Abitur nach 12 Jahren wurden ebenfalls angesprochen. Kultusminister Bernd Busemann und die Vertreter des BVN waren sich einig: Die längeren Verweilzeiten der Schüler in unseren jeweiligen Schulformen signalisieren, dass eine effektive und mit Blick auf PISA zukunftsweisende berufliche Bildung realisiert werden muss.

So ließen sich die Zugangsvoraussetzungen für unsere Fachgymnasien (§ 19) mit ihren berufsbezogenen Oberstufenprofilen stärker öffnen. Mit anderen Worten: Ein Übergang aus der Klasse 9 der neu strukturierten allgemein bildenden Gymnasien in die Klasse 11 unserer Fachgymnasien wäre nach Ansicht des BVN vorzusehen.

Schließlich kam man auf die landesweit einheitlichen Aufgaben für die schriftliche Abiturprüfung (§ 11 – 4.) zu sprechen. Hier hält es der Verband für erforderlich, dass für die Fachgymnasien mit den berufsbezogenen Schwerpunktfächern und dem handlungsorientierten Unterrichtsansatz eigene, schulformspezifische Abituraufgaben zentral erstellt werden. Zur Stärkung des Oberstufenprofils an den Fachgymnasien sollten ferner die fachspezifischen Inhalte für eine dem berufsbezogenen Schwerpunkt angemessene Berufsausbildung anerkannt werden.

Heinz Ameskamp
- Sprecher des BVN -



Es geht voran. Der Vorstand des Berufsschullehrerverbandes Niedersachsen (BVN) vertreten durch die Vorsitzenden der Fachverbände Ludwig Most (VLAEH), Heinz Ameskamp (BLBS) und Renate Kreuz (VLWN) im Gespräch mit Kultusminister Bernd Busemann.

Kommentar

Mehr Bildung gestalten, weniger Abfall verwalten

Zu den Kernaufgaben des Staates

Wer kann es leugnen? Das Thema Müll hat Hochkonjunktur. Die Meldungen überschlagen sich: Neues vom Dosenpfand - mal wieder. Pfand-Verwirrspiel im Bundesrat. Ratlosigkeit in der Weißblech-Industrie. Koalition zerstritten - im Namen der Dose.

Dose hin, Flasche her. Leidtragende dieser endlosen Debatte in der Abfallpolitik sind vor allem unsere Kinder und Jugendlichen, für deren ureigenste Belange auch in den Medien immer weniger Platz bleibt. Sie möchten schon gern stärker gehört, ernst genommen und unterrichtet werden zu all dem, was es außer

Müll-, Umweltfragen und Finanzpolitik sonst noch so in der Marktwirtschaft unseres christlichen Abendlandes gibt.

Auch die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten mit ihrem Bildungsauftrag und bundesweiten Teilnehmeranschlusszwang sind heute weit davon entfernt, hier etwas zu bieten. Sie sind wohl

eher von Kopf bis Fuß auf Quote eingestellt und sonst gar nichts. Kein Wunder: So wurde auch das renommierte WDR- Funkkolleg kürzlich vom Quotentod heimgesucht. Dafür sind Sendungen mit Spiel, Spaß und Spott sowie anspruchslosem Applaus auf dem Vormarsch, ganz abgesehen von den stupiden Serienproduktionen mit ihren tristen Dialogen aus Küche, Krankenhaus und Freizeit. In einer Umfrage wurde jetzt ermittelt, dass etwa 90% der dort befragten Realschüler die Abkürzung GZSZ für die TV-Serie „Gute Zeiten - Schlechte Zeiten“ kennen, aber die meisten von ihnen nicht wissen, was die Kürzel CDU und SPD richtig ausgeschrieben bedeuten.

Wen wundert es da, dass Jugendliche oft „keinen Schimmer von der Berufswelt haben“, ihre eigenen beruflichen Neigungen unzureichend kennen, Spiel und Spaß haben wollen und oft demotiviert sind, wie es jetzt Edel-Armaturenhersteller Matthias Dombrecht, der Azubis sucht, formulierte. Da nützt auch keine schnelle, vom Bundesbildungsministerium im Hau-Ruck-Verfahren initiierte „Ausbildungsplatzoffensive“, die außer wohlmeinenden Appellen und der Präsentation eines neuen Logos kaum etwas zu bieten hat.

Auch die Absicht der Bundesregierung, zur Ankurbelung der Wirtschaft die Ausbilder-Eignungsprüfung für fünf Jahre auszusetzen und in den meisten Gewerken die Meisterprüfung faktisch abschaffen zu wollen, ist eher ein Impuls in die falsche Richtung.

Das Vorhaben erinnert im Blick auf den Mittelstand an olympische Spiele, bei denen man hofft, die Hobby-Mannschaft einer Heimwerker-Filiale werde im hauseigenen Paddelboot die Ruderer-Profis besiegen.

Wie kann die „Bruchstelle zwischen Schule und Betrieb“, wie sie jetzt auch NRW-Wirtschafts- und Arbeitsminister Harald Schartau erkannte, beseitigt werden? Mit Kitt und dem bloßen Trommeln der Bundesregierung für mehr Lehrstellen ist hier wenig zu machen.

Da muss in eine Grundsanierung investiert werden. Aber wie? Zunächst sollten Lehrer aller Schulformen pädagogisch viel stärker berücksichtigen, dass Lernen stets auf den Erwerb einer Berufsbiografie hinausläuft. Schüler müssten schon frühzeitig via Lehrplan über Mechanismen in der Wirtschaft aufgeklärt werden. So würde ihnen bewusst, dass Industrie, Handel und Handwerk die finanziellen Mittel erwirtschaften, die das Volkseinkommen ausmachen und anteilmäßig über Abgaben in die Bildungshaushalte der Länder zurückfließen. Unsere Zunft der Berufsschullehrer hat mit diesem Denken weniger Probleme. Hier ist von

Hause aus klar: Ohne enge Kooperation mit der regionalen Wirtschaft läuft in den Berufsschulen eher gar nichts. Ähnliche Ansichten sollten sich vielleicht angesichts leerer Haushaltskassen bereits im Kindergarten durchsetzen. Und dann? Warum nicht hier etwa ein regionales Sponsoring von McDonald's in Sachen Bildung? Seit jeher engagiert sich McDonald's bei vielen sozialen Projekten fern der eigenen Organisation (siehe McDonald's Deutschland Inc. - Jahresbericht 2002). Unsere Kinder, die hier ohnehin die Kunden sind, werden es uns später danken.

Ferner könnten den von der Lehrstellenmisere gebeutelten Jugendlichen, denen oft nichts anderes übrig bleibt, als weiter zur Schule gehen zu wollen, mehr sinnstiftende Orientierungspunkte über den Religions- und Philosophieunterricht vermittelt werden. Unternehmensberater und Industriemagnaten, denen der christliche Glaube neben ihren betrieblichen Kennzahlen etwas bedeutet, wären hier für die Schulen die erste Wahl - besonders auch als Senjorexperten.

Grundsätzlich scheint ein Wertemanagement in Bildungsfragen hierzulande zu einer vordringlichen Aufgabe zu werden, zumal der Glaube und die damit einhergehende Werteorientierung in unserer Gesellschaft weitgehend auf dem Abstellgleis sind - ganz im Gegensatz zu dem Islam. Hinzu kommt, dass auch der Entwurf des EU-Konvents für eine künftige EU-Verfassung keinen Gottesbezug mehr enthält und nicht einmal das Christentum erwähnt - als eine der geistigen Wurzeln unseres Kontinents. Offenbar spielen hier Rücksichten auf das laizistische Frankreich und dem Beitrittskandidaten Türkei eine viel zu große Rolle.

Abschließend ein Wort zum Lehrereinkommen: Die in der Bildungspolitik verantwortlichen Akteure sollen bedenken, dass die von der Bundesregierung mit verursachte Bildungsmisere und Wirtschaftslaute nicht allein auf dem Rücken der Lehrer, die sich redlich bemühen, ausgetragen werden kann. Kurios: Während kürzlich die Gewerkschaften im Osten für die 35 Stunden Woche kämpften und dabei die Wertschöpfung an den Fließbändern der Automobilproduktion von Wolfsburg bis München gegen Null strebte, dachte die nordrhein-westfälische Landesregierung indessen über ein „Hinterher sparen“ nach und verkündete auch den Lehrern per Koalitionsplan längere Arbeitszeiten mit geringerem Einkommen. Sicher für Pädagogen kein Weltuntergang.

Die entscheidende Frage aber bleibt, ob so die notwendige Aufbruchstimmung vermittelt werden kann. Die Anzeichen sprechen nicht dafür.

Friedrich Susewind

Kultusminister zieht erste positive Zwischenbilanz zur Lehrereinstellung

Fast 12.000 Bewerbungen für den niedersächsischen Schuldienst

„Bereits jetzt liegen uns sage und schreibe rund 12.000 Bewerbungen zur Einstellung von Lehrkräften im niedersächsischen Schuldienst vor“, lautete heute (27.05.2003) die erste positive Zwischenbilanz des Niedersächsischen Kultusministers Bernd Busemann zum laufenden Einstellungsverfahren für die vom Land insgesamt ausgeschriebenen 4.114 Lehrstellen. „Wir sind nun sicher, dass die ausgeschriebenen Stellen weitgehend besetzt werden können“, machte Busemann im Anschluss an eine Sitzung des Landeskabinetts in Hannover deutlich. „Die von der neuen Landesregierung zur Verfügung gestellten 2.500 zusätzlichen Lehrstellen haben das gesamte Bewerbungsverfahren kräftig angeschoben.“

„Für die bereits bekannt gegebenen 2.674 Stellen an den allgemein bildenden Schulen haben sich insgesamt 7.730 ausgebildete Lehrkräfte beworben. Pro Stelle sind das gut drei qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber“, stellte der Kultusminister fest. 750 Junglehrkräfte aus Niedersachsen, die spätestens zum 31. Oktober diesen Jahres den Vorbereitungsdienst beenden, hätten die ihnen angebotene Möglichkeit genutzt, sich sofort zu bewerben. Um 72 Prozent, von 1.464 im Vorjahr auf jetzt 2.518, sei die Zahl

der Bewerbungen aus anderen Bundesländern gestiegen. „Insbesondere aus Hamburg, Berlin und Brandenburg liegt uns teilweise die dreifache Zahl an Bewerbungen gegenüber früheren Jahren vor“, erklärte Busemann.

Insgesamt verfügen 8.640 Bewerberinnen und Bewerber über eine Lehramtsausbildung, davon 7.730 für die allgemein bildenden Schulen und 910 für die berufsbildenden Schulen. 3.300 Bewerbungen kommen von so genannten Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern aus anderen Berufsfeldern, davon 2.800 für die allgemein bildenden Schulen und 500 für die berufsbildenden Schulen.

Noch gebe es gewisse regionale und fachspezifische Engpässe. Dies gelte wie auch früher schon im Regierungsbezirk Lüneburg für die Hauptschulen, Realschulen und Sonderschulen. Weiter bestehe noch Bedarf für das Fach Physik an Hauptschulen sowie für die Fächer Chemie, Französisch und Musik an Realschulen. An den Gymnasien fehlten noch niedersächsische Bewerberinnen und Bewerber für Latein und Spanisch. An den berufsbildenden Schulen würden weiterhin Fachkräfte für Metalltechnik und

Elektrotechnik gesucht. „Hier können wir aber auf eine Reihe von Bewerbungen berufserfahrener Ingenieure zurückgreifen“, stellte Busemann klar. „Vor allem in den naturwissenschaftlichen Fächern sowie in Musik bieten sich noch gute Möglichkeiten für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger. Einen festen Termin als Bewerbungsschluss setzen wir dort vorerst nicht.“

„Auch wenn die öffentliche Aufmerksamkeit für die“, so Busemann weiter, „Rekordeinstellungsaktion in Niedersachsen dem Land eine

teure und problematische Werbekampagne erspart“ habe, bleibe die Lage auf dem Lehrerarbeitsmarkt auch im Hinblick auf kommende Jahre ernst. „Wir werden künftig nicht mehr alle frei werdenden Stellen mit Bewerberinnen und Bewerbern aus Niedersachsen besetzen können, sondern müssen uns noch mehr um Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger sowie Bewerberinnen und Bewerber aus anderen Bundesländern kümmern.“ Die Sicherung der Unterrichtsversorgung mit qualifizierten Lehrkräften bleibe dauerhafte Aufgabe der Landespolitik in den nächsten Jahren.

Niedersachsen soll eigene Bildungsstandards vorantreiben

Aus: Rundblick Nr. 89 vom 13.05.03

(rb) Hannover. Niedersachsen soll nach dem Willen der Regierungsfractionen von CDU und FDP im Landtag eine aktive Rolle bei der Erarbeitung von Bildungsstandards im Schulwesen übernehmen und diesen Weg auch unabhängig von der Kultusministerkonferenz konsequent fortführen – falls sich hier zeitliche Verzögerungen oder inhaltliche Begrenzungen ergeben sollten. Vor diesem Hintergrund haben die Koalitionsfraktionen einen gemeinsamen Entschließungsantrag zum Thema „Qualitätssicherung im Schulwesen“ für das Mai-Plenum eingebracht. Danach soll die Landesregierung in Abstimmung mit der Kultusministerkonferenz Schulform bezogene Bildungsstandards festlegen und dafür geeignete landeseigene Lösungen und Überprüfungsverfahren entwickeln – insbesondere für die Fächer Deutsch, Mathe-

matik und Fremdsprachen. Zudem müssten umgehend die erforderlichen Vorgaben für die landesweite Einführung des Zentralabiturs erlassen und die notwendigen Voraussetzungen für einheitliche Abschlussprüfungen am Ende des Sekundarbereichs I der allgemein bildenden Schulen geschaffen werden. Aufbauend auf den eingeleiteten gesetzgeberischen Maßnahmen zur Modernisierung der schulischen Ausbildung in Niedersachsen sowie der Schaffung von 2500 zusätzlichen Lehrerstellen sei nun sicher zu stellen, dass sowohl die Vergleichbarkeit des Niveaus von Bildungsabschlüssen als auch die des Leistungsniveaus jeder einzelnen Schule hergestellt wird, heißt es in der Begründung. Unterschiede müssten „durch Anhebung des Niveaus und nicht durch eine ungleiche Bewertung der Leistungen ausgeglichen werden.“

Wird die Schule kommunalisiert?

Aus: Rundblick Nr.84 vom 06.05.03

(rb) Hannover. Wenn Innenminister Uwe Schünemann in mehr oder weniger öffentlichen Auftritten über die Staatsmodernisierung referiert, fällt auch immer mal wieder das Stichwort „Vollkommunalisierung des Schulwesens“. Gemeint ist damit nicht mehr und nicht weniger als die Verantwortung der kommunalen Schulträger für alles, was mit Schule zu tun hat, einschließlich der Unterrichtsversorgung und Lehrereinstellung. Das Thema ist innerhalb des Kabinetts noch sehr umstritten, vor allem zwischen Schünemann und Kultusminister Bernd Busemann. Denn die Schule ist nun einmal Ländersache in dieser Republik. Dennoch will Schünemann zumindest einen Versuch in diese Richtung machen. Neben Synergieeffekten, die sich mittelfristig auch finanziell auswirken könnten, sieht der Innenminister darin vor allem eine deutliche Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, die derzeit unter einer schleichenden bis galoppierenden Aushöh-

lung leidet. Die Schulträger könnten Lehrer nach dem eigenen Bedarf einstellen und müssten nicht mehr darauf warten, was ihnen von „oben“ zugeteilt wird. Schünemann räumt ein, dass es an dem einen oder anderen vor allem ländlichen Schulstandort schwierig werden könnte, ausreichend Lehrer anzuwerben, so dass in solchen Fällen doch Hilfe von Landesseite geleistet werden muss und soll.

Die Finanzierung einer solchen Vollkommunalisierung soll nach Vorstellung der Verwaltungsreformer über den kommunalen Finanzausgleich geregelt werden. Sie rechnen auch damit, dass sich schon allein deshalb auf mittlere Sicht Kostenreduzierungen im Personalbereich ergeben könnten, weil die Schulträger mit ihren personellen Ressourcen viel restriktiver umgehen werden als das Land mit seiner Entfernung von der tatsächlichen Lage und der Bedarfsentwicklung vor Ort.

Hundt: Zwei Lehrlinge sollen sich Ausbildungsvergütung teilen

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt hat vorgeschlagen, die Ausbildungsvergütung für Lehrlinge zu halbieren, um doppelt so viele Ausbildungsplätze besetzen zu können. Die FDP plädierte für eine Ausbildungsprämie in Höhe von 3500 Euro für jene Betriebe, die mehr Ausbildungsstellen als im Vorjahr zur Verfügung stellen.

HB/dpa OSNABRÜCK. Hundt forderte die Gewerkschaften auf, zur Behebung des Lehrstellenmangels Abweichungen von geltenden Ausbildungs-Tarifverträgen zuzulassen. So sollten sich zwei Lehrlinge eine Ausbildungsvergütung teilen, sofern der Arbeitgeber bereit sei, dafür zwei statt einen Azubi einzustellen, sagte Hundt der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Freitag). Auch müssten tarifvertraglich vereinbarte Übernahmeverpflichtungen vorübergehend ausgesetzt werden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) reagierte auf den Vorstoß mit Sarkasmus: „Der bahnbrechende Vorschlag“ von Hundt sei „ausbaufähig“. Deshalb sollte man ihn „konsequent zu Ende denken“: Wenn man die Vergütung für einen Friseurlehrling Ost in Höhe von 257 Euro pro Monat unter vier Bewerbern teile, sinke die Vergütung auf nur noch rund 64 Euro pro Azubi. „Und wenn

sich 257 Friseurlehrlinge Ost eine Vergütung teilen, bleibt sogar nur der symbolische Beitrag eines Euro übrig. Dafür hat die Treuhand schon ganze Betriebe verkauft“, meinte DGB-Pressesprecher Markus Franz.

Die FDP schlug ein Sofortprogramm zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze in kleinen und mittleren Betrieben vor. Danach sollen Firmen für jeden über die Zahl des letzten Jahres hinaus geschaffenen Ausbildungsplatz mit einer Ausbildungsprämie in Höhe von 3500 Euro belohnt werden. Das Programm gelte für maximal 80 000 neue Lehrstellen, der Größenordnung der in diesem Jahr erwarteten Lehrstellenlücke. Die Finanzierung soll durch ein Zurückfahren des Jump-Programms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit erfolgen.

Grundzüge für eine „große“ Lösung bei der Novellierung des BBiG

Ergebnis der gemeinsamen Tagung der Verbandsspitzen des BLBS und des VLW am 04. April 2003 in Würzburg

Das novellierte BBiG:

- regelt Berufsbildung als gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Organisationen der Arbeitswelt;
- erfasst sämtliche Bereiche der beruflichen Bildung außerhalb des Hochschulwesens;
- sichert die Beteiligung des Bundes mit einem festen Sockelanteil an den Kosten der beruflichen Ausbildung;

- eröffnet neue, differenzierte Wege der beruflichen Bildung. Neben der traditionellen dualen Berufsausbildung stehen weitere anerkannte berufliche Ausbildungen mit hohem Schulanteil sowie Ausbildungen mit einem Qualifikationsprofil für Schwächere;
- bezieht weiterführende Berufsbildung im Nichthochschulbereich mit ein;
- regelt die gleichberechtigte Partnerschaft aller Akteure des Berufsbildungssystems;
- nutzt Durchlässigkeit und Synergiechancen für kürzere Durchlaufzeiten.

M.Sc. Technical Education

Ab dem Wintersemester 2003/04 wird an der Universität Hannover der Studiengang M.Sc. Technical Education angeboten. Mit dem Masterabschluss ist die Berechtigung zum Eintritt in das Referendariat an berufsbildenden Schulen verbunden.

Studiendauer:

- 4 Semester

Studieninhalte:

- Berufspädagogik
- Fachdidaktik der beruflichen Fachrichtung
- Schulpraktika im Umfang von 10 Wochen
- Wählbares Unterrichtsfach:
 - Politik,
 - Religion (ev. und kath.),
 - Sonderpädagogik,
 - Sport

Berufsziel:

- Lehrkraft an berufsbildenden Schulen
- Personalentwickler in Unternehmen

Zugangsvoraussetzungen:

- Bachelor of Science in Elektrotechnik und Informationstechnik oder in Maschinenbau oder in Angewandter Informatik oder in einer gleichwertigen Studienfachrichtung

- oder Dipl.-Ing. (FH) in o.a. oder gleichwertiger Studienfachrichtung
- Zusätzlich erforderlich sind:
Berufspraktische Tätigkeiten im Umfang von 26 Wochen oder eine abgeschlossene Berufsausbildung

Studienabschluss:

- M.Sc. Technical Education
(vorläufige Bezeichnung)

Weitere Informationen können angefordert werden unter:
Bachelor/Master-Strukturen in der Lehramtsausbildung
Universität Hannover
www.uni-hannover.de/reformstudiengaenge/
E-Mail: Detlef.Meyer@bama.uni-hannover.de

Aus der Verbandspolitik

Abschlagzahlungen eingefordert Absage an Überlegungen der Finanzministerkonferenz

Der niedersächsische dbb hat Finanzminister Hartmut Möllring aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass unverzüglich Abschlagzahlungen auf die beabsichtigten Erhöhungen der Bezüge für Beamte, Richter und Versorgungsempfänger vorgenommen werden. In seinem Schreiben begründete der dbb dieses damit, dass wenn es schon nicht entsprechend dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zu einer zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des Tarifiergebnisses vom 9. Januar 2003 kommen sollte, es gerade für die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen nicht hinnehmbar sei, dass die im Gesetzentwurf vorgesehenen Erhöhungen nicht bereits jetzt unter dem üblichen Vorbehalt ausgezahlt würden.

Abgelehnt hat der niedersächsische dbb in diesem Schreiben auch die Überlegungen der Finanzministerkonferenz den Ländern die Möglichkeit zu geben, den Zeitpunkt der Bezügeerhöhungen um weitere drei Monate hinausschieben zu können.

Landesbundvorsitzender Friedhelm Schäfer dazu ergänzend: „Man muss sich schon fragen, ob den Finanzministern eigentlich noch klar ist, was sie dort alles auf den Weg bringen. Der niedersächsische dbb wird jedenfalls bei einer Entscheidung der Landesregierung zur Nutzung auch dieser „Öffnungsklausel“ alle ihm zur Verfügung stehenden, legalen Mittel des Protestes und Widerstandes einleiten. Die Schraube an der die Landesregierung dreht, ist jetzt schon überdreht. Die Summe der Sonderbelastungen die in den letzten Jahren und aktuell angekündigt zu ertragen sind, wirkt im höchsten Maße demotivierend. Mit demotiviertem Personal ist aber keine Sanierung und Modernisierung des Landes durchzusetzen.“

Hannover, 06. Juni 2003

F. Schäfer
dbb

„Berufliche Bildung muss den Schülern dienen“

BLBS-Landesvorsitzender Gerhard Lange aus der Position des Schulleiters in die Bezirksregierung Hannover berufen

In einer kleinen Feierstunde würdigten jetzt zahlreiche Redner das zielstrebige Engagement von Gerhard Lange in der beruflichen Bildung sowie den unermüdlichen Einsatz für „seine“ Berufsschule in Hannover: Dem langjährige Landesvorsitzenden und stellvertretenden Bundesvorsitzenden des BLBS wurden die Amtsgeschäfte eines Leitenden Regierungsschuldirektors übertragen und er wechselt somit in die Schulabteilung der Bezirksregierung Hannover. Sein Weggefährte im Verband, Lothar Lücke, stellvertretender Landesvorsitzender und Schulleiter in Stade, sagte, auch die verbandspolitische Arbeit einschließlich der Wahrnehmung zahlreicher Termine habe Gerhard Lange zuverlässig und mit Bravour geleistet. Er habe sich um den Verband äußerst verdient gemacht.

Mit Gerhard Lange sprach Friedrich Susewind.

„It's time to say good bye“ überschrieb jetzt Frau Neufeld ihren ergreifenden Artikel in Prosaform, der kürzlich in der **BERUFBILDUNG AKTUELL** erschien. Sie ging nach fast drei Jahrzehnten als „guter Geist“ unserer Geschäftsstelle Hannover, Packhofstraße, in den wohlverdienten Ruhestand.

Lieber Gerhard Lange, nun kommen auch Sie noch und werden uns in der Funktion des Landesvorsitzenden nicht mehr zur Verfügung stehen?

Lange: Alles hat seine Zeit. Nach nahezu 17-jähriger Tätigkeit im Bereich der Schulleitung hatte ich einfach Lust, noch einmal etwas Neues anzupacken. Dies war nötig, nachdem der Schulträger, die Region Hannover, beschlossen hatte, meine Schule aufzulösen. Aus diesen Gründen entschloss ich mich, die Bewerbung um eine Position in der Schulaufsicht abzugeben.

Die jetzt stattgefundene Amtsübertragung bedingt nach meinem Verständnis den Rücktritt von der ehrenamtlichen Funktion des Landesvorsitzenden des BLBS, in die ich erstmalig im November 1994 gewählt wurde. Neun Jahre ehrenamtliche Tätigkeit als Vorsitzender auf Landes- und teilweise als stellvertretender Vorsitzender auch auf Bundesebene beanspruchen mit den wahrzunehmenden Terminen in den unterschiedlichsten Gremien und Veranstaltungen einen nicht unerheblichen Teil der außerdienstlichen Zeiten. Zeiten, die auch im Wesentlichen von der Familie mitgetragen und begleitet werden müssen. Insgesamt habe ich diese neun Jahre jedoch nie als Belastung erfahren, sondern ich habe viele Einblicke erhalten und Erfahrungen machen können, die mir auch in meiner weiteren beruflichen Tätigkeit dienlich sein werden. Auch aus diesem Grund wird mir die ehrenamtliche Arbeit für den Verband fehlen.

Wie haben Sie Ihre Verabschiedung aus dem Vorstand in Hannover kürzlich erlebt – auch emotional?

Lange: Mit dieser Verabschiedung ist mein Mandat beendet. Mir war es in den zurückliegenden Jahren wichtig, dass im Vorstand und im Hauptvorstand trotz unterschiedlicher Meinungen und streitiger Auffassungen in konsensualen Prozessen immer gemeinsame Ziele formuliert werden, die von der Mehrheit der Mitglieder getragen werden. Falls es gewünscht wird, werde ich auch in Zukunft dem Verband nach meinen Möglichkeiten beratend zur Seite stehen.

In neun Jahren verlässlicher und vertrauensvoller Zusammenarbeit wachsen neben sinnvollen und notwendigen Arbeitsstrukturen auch persönliche Freundschaften. Es ist mein Ziel, diese Freundschaften auch weiterhin zu pflegen.

Das ehrt uns sehr, besonders auch jene, die sich in nicht immer leichten Zeiten ehrenamtlich in der Verbandsarbeit Niedersachsens beharrlich eingesetzt haben und das auch weiterhin tun werden.

Die Zeiten ändern sich: Was kommt in Ihrer neuen Position auf Sie zu?

Lange: Mit dem Wechsel von der Ebene der Schulleitung in die Schulaufsicht der Bezirksregierung verändern sich die Anforderungen

und Gestaltungsmöglichkeiten. Allerdings ist auch für die Schulaufsicht der Rahmen vorgegeben. Gemäß Art. 7 Abs. 1 GG steht das gesamte Schulwesen unter der Aufsicht des Staates. Dies betrifft sowohl öffentliche Schulen als auch die privaten Ersatz-Schulen. Die staatliche Schulaufsicht umfasst die als „Schulverantwortung“ zu kennzeichnenden schulrechtlichen Befugnisse des Gesetzgebers und der Verwaltung sowie die Kontrollbefugnisse der Schulaufsichtsbehörden gegenüber den einzelnen Schulen. Die Schulaufsicht des Staates für die öffentlichen Schulen besteht aus der Rechts-, Fach- und Dienstaufsicht.

Hierbei steht die kontrollierende Verwaltungstätigkeit im Vordergrund. Der wichtigste Teil ist dabei die Fachaufsicht im Bereich der inneren Angelegenheiten der öffentlichen Schulen. Diese dient nicht nur der Durchsetzung staatlicher Interessen, sondern auch dem Schutz von Schüler- und Elternrechten durch die Kontrolle der Lehrerinnen und der Lehrer.

Wird zum Beispiel im Rahmen der geplanten Modellversuche die größere Eigenverantwortlichkeit von Schule (z. B. ProReKo, „Eigenverantwortliche Schule“ u. a.) umgesetzt, so bedeutet dies in der letzten Konsequenz, dass die Schulaufsicht in diesen Bereichen verstärkt werden muss, um dem verfassungsmäßigen Anspruch des Grundgesetzes nach Art. 7 Abs. 1 zu entsprechen. Mehr Eigenständigkeit bedingt damit unmittelbar eine stärkere staatliche Schulaufsicht. Externe Evaluationsgremien können nach unseren verfassungsrechtlichen Vorgaben diesen grundgesetzlichen Anspruch nicht gewährleisten.

Unter fachlichen Gesichtspunkten sind in der nächsten Zeit vorrangig die Veränderungen im Rahmen der Neuordnung der Metallberufe zu nennen; in diesem Jahr beginnend mit den Berufen im Bereich Fahrzeugtechnik.

Diese Berufe werden aus dem Berufsfeld Metalltechnik herausgelöst und in einem neuen Berufsfeld Fahrzeugtechnik zusammengefasst. Eine Maßnahme, die aufgrund der rasanten technischen Veränderungen in diesem Technologiesektor schon lange überfällig war. Nicht zuletzt erfordert in diesem Zusammenhang auch die Umstellung der Bundesrahmenlehrpläne auf die Lernfeldkonzeption und deren zügige Umsetzung in den Schulen erhöhte Anstrengungen.

Als stellvertretender Bundesvorsitzender des BLBS, Landesvorsitzender in Niedersachsen und langjähriger Schulleiter haben Sie ein hohes Maß an Erfahrungen sammeln können. Die „graue Theorie der Bedenkenträger und Ideologen“ sowie die praktische Arbeit in Ihrer Schule waren für Sie stets zwei Paar Schuh.

Was meinen Sie, worauf kommt es grundsätzlich in der beruflichen Bildung an?

Lange: Grundsätzlich kommt es in der (beruflichen) Bildung darauf an, dass alle Jugendlichen durch eine aktive (Berufs-) Bildungspolitik in die Lage versetzt werden, ein eigenverantwortlich gestaltetes Leben in unserer Gesellschaft zu führen. Hierzu gehört die **Ausprägung fachlicher Qualifikationen und die Weiterentwicklung allgemeiner Fähigkeiten humaner und sozialer Art.**

Oberste Prämisse bei allen Reformbestrebungen und Verände-

rungen im berufsbildenden Bereich sollte deshalb die Fragestellung sein: „Was haben die Schülerinnen und Schüler von diesen Veränderungen?“ Notwendig ist diese Betrachtung, weil bei allen Bestrebungen nicht nur der individuelle Vorteil, sondern auch die dienende Funktion der Bildung für die Gesellschaft beachtet werden muss. Ist mit geplanten Maßnahmen keine Verbesserung oder mindestens qualitative Sicherung für die Schülerinnen und Schüler bei der aktiven Gestaltung ihrer Lebensentwürfe verbunden, so sind Änderungen selten angezeigt. Rein organisatorischen Veränderungen von Strukturen in den Berufsbildenden Schulen genügen diesen Ansprüchen in der Regel nicht.

Welche Chancen sehen Sie, diese Intentionen nun auch in Niedersachsen zu verwirklichen?

Lange: Um diese Intentionen umzusetzen, halte ich es für erforderlich, im Vorfeld der Berufswahlentscheidungen, diese transparenter und langfristiger vorzubereiten. Dies setzt eine stärkere Kooperation zwischen allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen sowie den Betrieben in einer Region voraus. Erste positive Beispiele sind im Rahmen der Modellversuche „Region des Lernens“ feststellbar. Nur durch eine verstärkte Kooperation ist es möglich, ein breiteres Spektrum und eine ausreichende Basis für qualitativ höherwertige Berufswahlentscheidungen zu implementieren. Die Kooperation zwischen den Ausbildungsbetrieben und den berufsbildenden Schulen der Region muss aber auch in der Ausbildungsphase konsequent fortgeführt werden. Nur so ist es beiden Partnern des dualen Systems möglich, rechtzeitig individuelle Hilfestellungen den Auszubildenden anbieten zu können, damit diese den gestiegenen Anforderungen, die die Sozialpartner im Rahmen der Neuordnungen formuliert haben, auch gerecht werden können.

Schulen und Firmen werden also stärker regional aufeinander

zugehen, zum Vorteil von beiden Seiten. Dies darf, wie Sie betonen, nicht erst in den Berufsschulen beginnen. Mit Ihrer Aussage rennen Sie nicht nur beim Edel-Armaturenhersteller Dombrecht - 569 Mitarbeiter, 22 Azubis, 180 Mio Euro Jahresumsatz einschließlich Tochterfirmen - offene Türen ein. Denn Unternehmer Matthias Dombrecht beklagt, dass viele Berufschancen von den Jugendlichen nicht genutzt werden könnten, da die Schulabgänger einschließlich der Abiturienten klassischer Gymnasien oft „keinen Schimmer von der Arbeitswelt“ hätten. Dieses habe mit strukturellen Bedingtheiten im Bildungssystem, aber auch mit solchen Lehrern zu tun, die näheren Kontakt der Schule mit den Betrieben als Einflussnahme auf die Bildung ablehnten.

Wenn dies so ist: Welche Maßnahmen wird das Land Niedersachsen hier ergreifen wollen?

Lange: Es steht mir nicht zu, eine derart krasses Urteil über die Kolleginnen und Kollegen des allgemein bildenden Bereichs zu formulieren. Sicherlich sind die persönlichen Empfindungen von Herrn Dombrecht als Kennzeichnung des Problems überspitzt.

In der Sache halte ich die o. a. Intentionen, die zu einer Stärkung der Kooperation im Vorfeld der Berufswahlentscheidungen führen und die sich anschließende Ausbildung im dualen System, das sich zu einem dual kooperativen System entwickeln muss, um die notwendigen Unterstützungen und Hilfestellungen während der Ausbildung anbieten zu können, damit alle Auszubildenden eine begonnene Ausbildung auch erfolgreich abschließen können, für eine mögliche Problemlösung.

Was bedeutet dies für die Schulorganisation und alle am Schulleben Beteiligten?

Lange: Zunächst einmal möchte ich davor warnen, zu glauben, man könne durch eine bloße Veränderung der Organisationsstruktur einer Schule die Unterrichtsqualität verbessern. Sicherlich bietet

ANZEIGE EUROPA VERLAG

wie letzte Ausgabe da keine neue eingetroffen

eine Schule, die durch die Vielfältigkeit ihrer Angebote fraktal organisiert ist, Vorteile, die sich direkt oder indirekt auf das Betriebsklima und damit auch auf die Unterrichtsqualität auswirken können. Die Regel bzw. ein Automatismus ist dies aber nicht. Viel entscheidender ist - und dies ist zunächst einmal unabhängig von der Organisationsstruktur - dass ein handhabbares und für alle Kolleginnen und Kollegen einsichtiges und nachvollziehbares Qualitätssicherungssystem implementiert wird. Hierzu ist es notwendig, dass Ziele formuliert und Wege zu deren Umsetzung benannt werden. Eine zielorientierte Überprüfung dieses ständigen Prozesses sichert das Verfahren kontinuierlich ab und macht nur Sinn, wenn die Ziele bekannt sind und alle diese Ziele erfüllen wollen und auch können. Die in Niedersachsen kürzlich eingeführten Modellvorhaben ProReKo (Projektgruppe Regionales Kompetenzzentrum), Personalkosten - Budgetierung und Selbstständige Schule sind hierzu noch nicht unmittelbar geeignet. Hier werden überwiegend Organisationsstrukturen verändert, neue Zuständigkeiten formuliert und Verantwortlichkeiten übertragen. Die Kernfrage „was haben die Schülerinnen und Schüler davon?“ bleibt, trotz vieler Kommissionssitzungen, nach wie vor weitgehend unbeantwortet.

Wenn Sie an Ihren Nachfolger im Landesvorstand, Heinz Ameskamp, denken, welche Impulse geben Sie ihm mit auf den Weg?

Lange:

Eine Ausrichtung des Verbandes auf rein gewerkschaftliche Sichtweisen schränkt das Blickfeld ein. Ich würde deshalb dem Landesvorstand raten, sich mit Augenmaß auch weiterhin an den bildungspolitischen Diskussionen zu beteiligen. Ich halte dies für erforderlich, da durch die politischen Zielsetzungen die Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen in der Schule wesentlich determiniert werden.

Berufliche Bildung wird im Wesentlichen durch die Auseinandersetzung von unterschiedlichen Machtinteressen bestimmt. Hier gilt es, dies rechtzeitig zu erkennen und sich einen eigenen Standpunkt zu erarbeiten, der auch die Interessenlage der Mitglieder mit aufnimmt. Dies erleichtert die bevorstehende Arbeit.



Gerhard Lange, Dezernent der Bezirksregierung Hannover

Anhörung zum Schulgesetz

Der BLBS - Landesverband Niedersachsen e. V. bewertet die Schulgesetzänderung als einen Schritt in die richtige Richtung. Die längeren Verweilzeiten der Schüler in den jeweiligen Schulformen signalisieren, dass eine effektivere und mit Blick auf PISA zukunftsweisende Bildung realisiert werden soll.

Die schon vielfach bemängelte Ausbildungsfähigkeit kann durch eine der Schulform und deren Schülern angepasste leistungsgerechte Beschulung verbessert werden. Die Chancen für eine Berufsausbildung und damit verbunden die Sicherung einer langfristigen Erwerbsfähigkeit - vor allem für Hauptschüler - dürfte deutlich steigen.

Aber auch die leistungsstärkeren Schüler werden entsprechend ihren Fähigkeiten gefördert. Durch das Erlangen der Allgemeinen Hochschulreife nach 12 Jahren wird zudem der Kritik - Deutsche Hochschulabsolventen sind zu alt beim Einstieg ins Berufsleben - entgegengetreten.

Einige Anmerkungen seien jedoch auch noch erlaubt.

Um die Nutzung der Fachgymnasien (§ 19), mit den berufsbezogenen Oberstufenprofilen, allen Schülern zu öffnen, wäre es sinnvoll, einen Übergang von der Klasse 9 der neu strukturierten allgemein bildenden Gymnasien in die Klasse 11 der Fachgymnasien zu schaffen. Aus Gleichheitsgründen gilt es zu überlegen, ob es nicht sinnvoller ist, die Vorstufe (Klasse 11) der Fachgymnasien nach der AV-GOF zu beschulen statt wie derzeit nach der BBS-VO.

Bezüglich der landesweit einheitlichen Aufgaben für die schriftliche Abiturprüfung (§ 11 - 4.) hält der BLBS es für erforderlich, dass für die Fachgymnasien mit den berufsbezogenen Schwerpunktfächern und dem handlungsorientierten Unterrichtsansatz eigene, schulformspezifische und zentral gestellte Abituraufgaben erstellt werden.

Zur Stärkung des Oberstufenprofils an den Fachgymnasien sollten die fachspezifischen Inhalte für eine dem berufsbezogenen Schwerpunkt entsprechende Berufsausbildung anerkannt werden. Der Nutzen für die jungen Menschen wäre, dass man statt des fürs Studium geforderten Praktikums eine verkürzte Berufs-

ausbildung absolvieren und den Facharbeiterbrief als ein Etappenziel erwerben könnte.

Zur Stellung der Schulleiterin und des Schulleiters (§ 43) sei angemerkt, dass es in den großen berufsbildenden Schulen zu einer unverhältnismäßigen hohen Arbeitsbelastung für die Schulleiterin / den Schulleiter führen dürfte. Aus der Sicht des BLBS sollte - zumindest für große Schulen - eine Delegation von Aufgaben, wie z. B. Leitung von Zeugniskonferenzen an die Koordinatoren möglich sein.

Positiv zu bewerten ist, dass die Verantwortung für die Qualitätssicherung und -entwicklung der Schule der Schulleitung übertragen wird. So kann Schule schneller und stärker auf die regionalen Belange reagieren. Dies ist für die Anerkennung der berufsbildenden Schulen als Bildungszentren der Region eine wichtige Voraussetzung.

Die Beratung der Lehrkräfte in den berufsbildenden Schulen darf sich demzufolge nicht nur auf den Unterricht beziehen, sondern muss auch die Zusammenarbeit mit den Dualpartnern und die notwendige Öffentlichkeitsarbeit berücksichtigen. Dies kann aber keine alleinige Aufgabe des Schulleiters / der Schulleiterin sein. Die jeweiligen Fachbereichsleitungen sind hier ebenso gefordert.

Positive Signale sind auch von der Verankerung des Prinzips der Durchlässigkeit (§ 60-3) beim Übergang zwischen den Schulformen zu erwarten. Im Bereich der beruflichen Bildung sollten Anerkennungen von Vorleistungen aus anderen Schulformen ermöglicht bzw. verbessert werden.

Die Verankerung der Förderung (§ 54) nicht nur für benachteiligte sondern auch für hochbegabte Schülerinnen und Schüler wird vom BLBS ebenso als ein Schritt in die richtige Richtung gewertet wie die Festschreibung im Schulgesetzentwurf, dass der junge Mensch nicht nur das Recht auf eine seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Bildung und Erziehung hat; sondern auch verpflichtet ist, sich nach seinen Möglichkeiten zu bilden.

Heinz Ameskamp
Landesvorsitzender des BLBS

Aus den Bezirksverbänden

Niedersächsischer Verbandstag 2003 in Wilhelmshaven

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

schon davon gehört? Wilhelmshaven, die grüne Expo-Stadt am Meer, hat etwas. Nicht nur eine neue, attraktive Einkaufsmeile unter einem sonnigen Dach, sondern auch eine großartige Stadthalle, die sich bestens für Veranstaltungen wie den Niedersächsischen Verbandstag 2003 eignet. Wen wundert es? Hier werden wir am Mittwoch, dem 01. Oktober, ab 10.00 Uhr tagen.

Programm: Gleich zu Beginn wird unser Kultusminister Bernd Busemann, der seit dem Regierungswechsel in Niedersachsen im Amt ist, zum Kurzvortrag und Gespräch erwartet. Sein Thema: „Aktuelle Fragen zur beruflichen Bildung“.

Dr. Uwe Christiansen, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Bildung & Medien Norddeutscher Industrie- und Handelskammern (Hamburg), schließt sich an und eröffnet um 11.00 Uhr die Reihe der Impulsreferate mit einem Thema, das auf schleichenden Sohlen daherkommt: „Die deutsche Wirtschaft in der Altersfalle - Konsequenzen für Bildung und Qualifizierung“.

Über die „Zukunft der Ausbildung im Handwerk“ wird anschließend Michael Koch sprechen,

Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Handwerkskammern Niedersachsen, Hannover (VHN).

Danach haben Sie eine Mittagspause verdient, die unter dem Motto steht: Gedankenaustausch beim maritimen Buffet „Wilhelmshaven - Fisch und mehr“.

Auch der Nachmittag bietet Highlights:

Wir freuen uns auf Prof. Dr. Reinhard Bader, Institut für Berufs- und Betriebspädagogik, Uni Magdeburg, Schriftleiter unserer BERUFSBILDENDEN SCHULE. Sein Beitrag ab 13.30 Uhr: „Das neue Profil des Berufsschullehrers – Fragen zur Aus- und Weiterbildung, Unterrichtspraxis sowie Nachwuchsgewinnung“.

Wie das Ganze in Bayern umgesetzt wird, darüber berichtet anschließend Klaus Müller. Er ist Schulleiter der Staatlichen und kommunalen beruflichen Schulen Vilshofen. Sein Motto:

„Erfolgreich im Berufsschulalltag – So geht es in der Praxis voran!“

Ab 15.00 Uhr das Finale: Podiumsdiskussion mit den genannten Akteuren sowie BLBS- Zielvereinbarungen.

Dazu ebenfalls geladen:

Geschäftsführer Heiko Henke, Handwerkskammer Oldenburg und Abteilungsleiter Dr. Thomas Hildebrandt, Oldenburgische IHK

Joachim Ristau, ARCHE AG Wilhelmshaven, Technik Vorstand.

Also, schon jetzt vormerken: Mittwoch, 01. Oktober, Stadthalle Wilhelmshaven.

Moderation: Gerhard Snitjer, NDR – Studio Oldenburg.

Friedrich Susewind

ANZEIGE Englisch...

BBS II Göttingen – Unternehmung Schule

Wer kennt ihn nicht, den Film die Feuerzangenbowle mit Heinz Rühmann. Hierin wird die Schule als eine statische, sich in ihren Abläufen und Strukturen niemals ändernde Institution beschrieben. Doch »Stillstand bedeutet Rückschritt«, diese selbstverständliche wie abgedroschene Floskel gilt besonders vor dem Hintergrund der Weiterentwicklung beruflicher Schulen. Sie befinden sich im Spannungsfeld beruflicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen. Die Vernetzung von Lern- und Wissensprozessen sowie flexible, aber verbindliche Organisations- und Kooperationsstrukturen werden als Voraussetzung angesehen, um diese Herausforderungen positiv zu gestalten. Daneben steht das Hauptgeschäft: der Unterricht, denn es gilt die Schülerinnen und Schüler für das Arbeitsleben zu qualifizieren.

Doch wie kann die Schule ein moderner und flexibler Bildungsanbieter werden, ein Kompetenzzentrum für berufliche Bildung?

Diese Herausforderungen hat die BBS II Göttingen unter Leitung von Herrn OStD Peter Peschel angenommen. Sie ist als eine von 19 Modellschulen für den fünfjährigen Schulversuch »Projekt regionale Kompetenzzentren« (ProReKo) vom Kultusministerium ausgewählt worden.

Der Schulversuch ProReKo umfasst umfangreiche Reformen u. a. in den Bereichen Qualitätsmanagement, Haushalt und Personalverwaltung. Hierdurch soll es den Schulen ermöglicht werden, mit größeren Entscheidungsspielräumen und mehr Selbstständigkeit flexibler auf unterschiedliche Anforderungen aus Wirtschaft und Gesellschaft zu reagieren.

Der oben angeführte Bereich Qualitätsmanagement wird durch das aus der Wirtschaft erprobte EFQM-Modell gestützt. Dieses durch die »European Foundation for Quality Management« (Europäische Stiftung für Qualitätsmanagement) eingeführte Modell bietet Schulen einen »Werkzeugkasten« für eine Selbstbewertung der pädagogischen Tätigkeiten und Prozesse.

Doch wie ist Qualität in der Schule zu messen? Schlagwörter dazu, die messbar gemacht werden sind: Lernergebnisse und Erfolg der Schule, Qualität der Lehr- und Lernprozesse, aktives Schulleben, Schulmanagement, Lehrerprofessionalität und Personalentwicklung, Qualitätssicherung und -entwicklung des Unterrichtsprozesses.

Die ersten Schritte sind getan: Zu Beginn wurde die größte Abteilung der BBS II, die Metalltechnik ausgewählt, um eine Bewertung der Führung, der Schulpolitik, der Arbeitssituation und der Schulprozesse vorzunehmen. Hieraus wurden Anfang Februar Verbesserungsbereiche identifiziert, für deren konsequente Umsetzung vier Arbeitsgruppen gebildet wurden. Ihre Hauptaufgaben bestehen u. a. in der Einführung eines modernen Kommu-

nikationssystems sowie eines Bewertungssystems für unterrichtliche und schulische Abläufe.

Dieser für alle neue Weg schulischer Veränderung erfordert Kraft und Engagement. Ziel dieser Entwicklung wird eine völlig veränderte Schulkultur sein. Eine Kultur, in der Teamarbeit, offenes Lernen in neuen Strukturen alltäglich sind, um den Anforderungen einer modernen und dynamischen Gesellschaft gerecht zu werden.

P. Peschel
Schulleiter

Auszubildende der Metalltechnik beim Bau eines Rohrverteilers

(Zentralheizungs- und Lüftungsbauer, 2. Ausbildungsjahr)



Wir informieren

Frauenpolitische Fachtagung am 26. Mai 2003 in Berlin

Die diesjährige Veranstaltung der Frauen-AG war eine gemeinsame Teilnahme an der 2. Frauenpolitischen Fachtagung der Bundesfrauenvertretung am 26. Mai 2003 in Berlin. Die Tagung stand unter dem Motto „Art 6 GG - Familie ist kein Hobby“.

Die Veranstaltung begann um 10:00 Uhr im dbb forum Berlin mit einer Begrüßungsansprache der Bundesvorsitzenden der dbb Bundesfrauenvertretung, Helene Wildfeuer. Sie forderte in Ihrer Ansprache eine zeitgemäße Familienpolitik. Die derzeitigen Rahmenbedingungen sind für Frauen karrierehemmend und familienfeindlich. Als Maßnahmen fordert die Bundesfrauenvertretung ein flächendeckendes ganztägiges und qualifiziertes Bildungs- und Betreuungsangebot für Kinder, sowie eine angemessene steuerliche Absetzbarkeit der Betreuungskosten als Werbungskosten und ein entsprechendes Kindergeld.

Anschließend folgte ein Referat von Brigitte Unger-Soyka vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Vertretung der Bundesministerin Renate Schmidt. Frau Unger-Soyka referierte zu Beginn ihres Vortrages über die historische Entwicklung der Frauenpolitik. Im weiteren Verlauf erklärte sie, dass eine zeitgemäße Familienpolitik nur im Zusammenhang mit der Umsetzung der Gleichstellung nach Artikel 3 GG sowie des Gleichstellungsdurchsetzungsgesetzes im Sinne des Gender Mainstreaming-Prozesses zu lösen ist.

Als nächster Referent hielt Prof. Dr. Dr. Dr. Wassilios E. Fthenakis einen sehr anschaulichen Vortrag über „Chancen und Risiken im Familienentwicklungsprozess“. Er erläuterte als Mitglied des Sachverständigenrates für den siebten Familienbericht der Bundesregierung aus seiner umfangreichen Forschung. Herr Fthenakis berichtet aus dieser Studie, dass das System der Gleichheit nach der Geburt eines Kindes oder mehrerer Kinder nicht mehr funktioniere, da die Erziehung und die Bewältigung der Hausar-

beit häufig der Frau überlassen wird.

Als besonders wichtig für die Entwicklung der Persönlichkeit der Kinder nannte Fthenakis die Qualität der Partnerschaft und der Vater-Kind-Beziehung. Die Eltern-Kind-Beziehung beeinflusst die Entwicklung entscheidender und nicht wie so häufig gefordert die strukturellen Bedingungen, allerdings fehlen die Voraussetzungen für eine Stärkung der Elternschaft.

Der nächste Gast war Prof. Dr. Stefan Sell von der Fachhochschule Koblenz. Herr Sell referierte zum Thema „Zukunftsfaktor Familie Deutschland“ und zeigte eine Reihe von Forderungen als Reformpaket für eine moderne Familienpolitik auf.

Wer mehr Kinder wolle, müsse auch die Erwerbstätigkeit von Frauen und die damit verbundenen strukturellen Bedingungen fördern. Zunächst müsse ein Steuersystem geschaffen werden, das die Schlechterstellung der Familien beseitige und verbessere. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Freistellungsregelungen für Eltern sollten eine andere Qualität erhalten, darüber hinaus benötigten Kinder bessere Startchancen, wie z. B. qualifizierte Kinderbetreuung, flächendeckende Ganztagschulen, bedarfsorientierte Förderung usw..

Am Nachmittag erweiterte eine Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen des Bundestages und verschiedener Parteien die Veranstaltung zum Thema „Familienpolitik“. Alle Vertreterinnen waren sich darüber einig, dass langfristig eine Umstrukturierung stattfinden muss, um die Chancen der Familien, der Frauen und Kinder zu verbessern.

Als Schlussredner unterstrich Herr Geyer alle bislang genannten Forderungen für eine künftige familienfreundliche Politik. Er unterstützte auch die Arbeit der dbb Bundesfrauenvertretung, denn die häufig geäußerte Kritik sei notwendig und berechtigt.

Geschlechterhierarchien

Aus: Rundblick Nr. 73 vom 16.04.03

(rb) Frauen führen zwar keine Nischenexistenzen mehr in den Fächern Mathematik und Sozialwissenschaften. Gleichwohl gibt es in diesem Wissenschaftsbereich aber auch keine „wesentliche Auflösung“ herkömmlicher Geschlechterhierarchien. Zu diesem Ergebnis ist die Sozialwissenschaftlerin Prof. Dr. Ulrike Vogel von der TU Braunschweig nach Auswertung von Interviews mit 36 weiblichen und 35 männlichen Hochschulangehörigen gelangt. Ihr DFG-Forschungsprojekt „Biografische Erfahrungen und Kar-

riere-Entscheidungen bei Frauen auf dem Weg in Führungspositionen der Wissenschaft“ zeigt, dass Männern nach wie vor eher herausragende Positionen zugetraut werden als Frauen, mangelnde Förderung im Elternhaus sich stärker auf den weiblichen Wissenschaftsnachwuchs auswirkt, Frauen zu Beginn ihrer Hochschullaufbahn seltener gefördert werden und sie häufig im krassen Gegensatz zu ihren männlichen Mitbewerbern bewusst auf die Karriere verzichten – zu Gunsten der Familie.

Neuer Ausbildungsberuf in 2003: Kraftfahrzeugmechatroniker/Kraftfahrzeugmechatronikerin

Die Anforderungen an Facharbeiter im Kfz-Bereich haben sich in den letzten zwanzig Jahren elementar verändert. Servicetätigkeiten aufgrund steigender Kundenwünsche auf der einen Seite und einschneidende Veränderungen durch die technologische Entwicklung der Fahrzeuge auf der anderen Seite haben die Ausbildungsinhalte des neuen Ausbildungsberufs „Kraftfahrzeugmechatroniker/ Kraftfahrzeugmechatronikerin“ entscheidend geprägt.

Ab 1. August 2003 kann der neue Beruf „Kraftfahrzeugmechatroniker/Kraftfahrzeugmechatronikerin“ bundesweit ausgebildet werden. Die Ausbildung erfolgt bei Fahrzeugherstellern und in Servicebetrieben und wird für Industrie und Handwerk anerkannt. Dieser Ausbildungsberuf ersetzt die bisherigen Berufe Kfz-Elektriker, Kfz-Mechaniker und Automobilmechaniker. Die Ausbildung dauert dreieinhalb Jahre. In den letzten Ausbildungsjahren können die Auszubildenden unter vier Schwerpunkten wählen: Personenkraftwagentechnik, Nutzfahrzeugtechnik, Motorradtechnik oder Fahrzeugkommunikationstechnik.

Neben dem Kraftfahrzeugmechatroniker werden derzeit noch weitere fahrzeugtechnischen Ausbildungsberufe neu geordnet, die zum 1. August 2003 in Kraft treten: Zweiradmechaniker/Zweiradmechanikerin, Mechaniker/Mechanikerin für Karosserie- und Fahrzeugbau, Mechaniker/Mechanikerin für Karosserieinstandhaltungstechnik (Arbeitstitel), Mechaniker/Mechanikerin für Land- und Baumaschinen.

Was ist neu?

Im Mittelpunkt der Berufsausbildung des Kraftfahrzeugmechatroniker stehen Diagnose-, Instandhaltungs-, Aus-, Um- und Nachrüstungsarbeiten an vernetzten mechatronischen Systemen, die durch eine komplexe Wechselwirkung zwischen elektronischen und mechanischen Komponenten gekennzeichnet sind. Neu ist die in der Ausbildungsverordnung verankerte Vermittlung betrieblicher und technischer Kommunikation sowie Kommunikation mit internen und externen Kunden. Weiter ist geplant, ein neues Berufsfeld mit der Bezeichnung „Fahrzeugtechnik“ zu schaffen, das den veränderten Qualifikationsanforderungen des Berufsbildes gerecht wird. Bisher waren die Berufe dem Bereich „Metalltechnik“ zugeordnet. Der Abschluss der Ausbildung wird mit einer neuen Prüfungsform - der „Gestreckten Prüfung“ - besiegelt, die in diesem Beruf fünf Jahre zur Erprobung durchgeführt wird. Hierbei sind die Leistungen der ersten 18 Monate der Zwischenprüfung als Teil 1 der Abschluss-/Gesellenprüfung einbezogen, die später zusammen mit den Leistungen des Teil 2 der Abschluss-/Gesellenprüfung in ein Gesamtergebnis eingebracht werden.

Ansprechpartnerin im BIBB zur Neuordnung der Berufsausbildung des Kraftfahrzeugmechatronikers/ der Kraftfahrzeugmechatronikerin ist die Projektleiterin Bärbel Bertram (Bertram@bibb.de).

Kabinett beschließt Konzeption zur Jugendarbeitslosigkeit

Aus: Rundblick Nr. 88 vom 12.05.03

(rb) Hannover. Das Kabinett berät über die Handlungsvorschläge zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, die das Wirtschafts-, Kultus- und Sozialministerium unter Federführung von Wirtschaftsminister Walter Hirche erarbeitet haben. Darin soll auf den bereits laufenden Maßnahmen der früheren Landesregierung aufgebaut werden, aber es werden teilweise andere Schwerpunkte gesetzt. Für 2003 werden dafür allerdings keine weitere Haushaltsmittel bereit gestellt werden; über ausgabewirksame Vorschläge aus dem Kultusministerium, vor allem für Vollzeitberufsschulen, soll erst im Zuge der Haushaltsberatungen 2004 entschieden werden. Wie es heißt, konnte die rückläufige Tendenz der Jugendarbeitslosigkeit vom vergangenen Jahr in 2003 nicht fortgesetzt werden. Im März waren rund 46 800 junge Menschen unter 25 Jahren ohne Arbeit (+2,3 Prozent). Verschärft werde die Lage durch den Paradigmenwechsel in der Bundesanstalt für Arbeit, die ihre Förderung auf Arbeitslosengeldempfänger konzentriert und nur noch sogenannte „gute Risiken“ weiterbildet, deren Eingliederungsprognose bei 70 Prozent liegt. Benachteiligte Jugendliche und Empfänger von Arbeitslosenhilfe dagegen werden kaum noch berücksichtigt. In Niedersachsen soll aber künftig weiterhin allen Schulabgängern ein Angebot gemacht werden, sei es in Form von Erwerbstätigkeit, Ausbildung, Weiterqualifizierung oder Schule. Im Sommer werden rund 85 800 Schulabgänger erwartet, 6000 mehr als noch im Jahr 2000.

Die Handlungsvorschläge umfassen Maßnahmen des Kultusministeriums zur Stärkung der Ausbildungsreife von Schülern sowie zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze durch Kooperation zwischen Schule, Betrieben und Arbeitsamt. Das Sozialministerium hat die Aufgabe, sich um die berufliche Eingliederung am Arbeitsmarkt und um die sozial benachteiligten Jugendlichen zu kümmern. Aus diesem Grund sollen die bisherigen Programme für diesen Personenkreis (RAN, RABaZ, Jugendbüros etc.) zu neuen einheitlichen „Pro-Aktiv-Centern“ zusammengefasst werden. Sie sollen ihre spezifische Ausrichtung behalten, aber eine einheitliche neue Schwerpunktsetzung bekommen. Angestrebt wird auch eine Neukonzeption des Jugendwerkstättenprogramms. Für Jugendliche, die ausgebildet, aber ohne Beschäftigung sind, sollen Maßnahmen des Wirtschaftsministeriums greifen. Geplant ist eine Ausdehnung der Förderung des Europäischen Sozialfonds; 500 bis 1000 Jugendliche zusätzlich sollen dadurch erreicht werden. Über das Programm sollen aber auch Ausbildungsplätze in Ziel-2-Gebieten im IT-Bereich sowie im Bereich Tourismus und Kultur gefördert werden. Zudem sollen Fördermöglichkeiten geprüft werden, die es den Betrieben erleichtern, ausgebildete Jugendliche einzustellen. Schließlich will das Land selbst seine Ausbildungsaktivitäten – zurzeit 481 Ausbildungsverträge – in 2003 um fünf Prozent erhöhen.

Lehrerfortbildung

Aus: Rundblick Nr. 100 vom 28.05.03

(rb) Einen „Generalplan Lehrerfortbildung“ verlangt der Philologenverband von Kultusminister Bernd Busemann. Nach Angaben des Landesvorsitzenden Roland Neßler sind die Mittel für die Lehrerfortbildung in den vergangenen Jahren um 40 Prozent re-

duziert worden. Sie müsse bei der Schulreform wieder einen höheren Stellenwert bekommen. Die Fortbildung sei zurzeit zu wenig bedarfsorientiert, das Angebot zu gering und nicht genug auf aktuelle Schwerpunkte ausgerichtet.

NiedersachsenMetall finanziert zusätzliche Ausbildungsplätze

Aus: Rundblick Nr. 96 vom 22.05.03

(rb) Hannover. Mit einer Million Euro fördert der Arbeitgeberverband NiedersachsenMetall die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie. Die zu diesem Zweck einberufene außerordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes hat beschlossen, dass jedes Unternehmen, das mehr Lehrstellen anbietet als in den beiden vergangenen Jahren, die Kosten für das erste Ausbildungsjahr der zusätzlich eingerichteten Lehrstellen mit jeweils bis zu 10 000 Euro erstattet bekommt. Die Mittel aus dem Gesamtopf sollen nach dem „Windhund-Verfahren“ verteilt werden; d.h. wer zu erst kommt, kriegt auch Geld. Der Verband reagiert damit auf die Lage am

Ausbildungsmarkt. Nachdem in Niedersachsen seit Jahren die Zahl der Ausbildungsstellen im Bereich der Metall- und Elektrounternehmen gestiegen ist, wurde in 2002 erstmals wieder ein leichter Rückgang verzeichnet. Mit der Ausbildungs-Initiative von NiedersachsenMetall soll ein neuer Anreiz in den Betrieben geschaffen werden, sich der Ausbildungsverpflichtung trotz schlechter Konjunkturlage und zum Teil mangelhafter Bewerberqualität wieder stärker zu stellen. Gleichzeitig will man offenkundig ein Zeichen gegen die von der Bundesbildungsministerin angedrohte Ausbildungsplatzabgabe setzen.

Weiter angespannte Lage auf Lehrstellenmarkt

Höhere Zahl der Bewerber / Unternehmen meldeten in den vergangenen Wochen noch offene Stellen

Aus: Münsterländische Tageszeitung, Niedersachsen und Regional vom 31.07.03

Hannover (Ini) - Die Situation auf dem Lehrstellenmarkt hat sich in Niedersachsen weiter verschärft. Die Zahl der jungen Männer und Frauen ohne Ausbildungsplatz habe im Juli im Vergleich zum Juli 2002 weiter zugenommen, sagte eine Sprecherin des Landesarbeitsamtes gestern in Hannover. Ende Juni hatten 24212 junge Menschen und damit 11,2 Prozent mehr als im Vorjahr noch keine Lehrstelle gefunden. Allerdings hätten Unternehmen in den vergangenen Wochen noch offene Stellen gemeldet. Ende Juni waren 13 742 Ausbildungsplätze noch frei, 5,7 Prozent weniger als im Vorjahr.

Dass die Zahl der Bewerber im Vergleich zum Vorjahresmonat höher liege, könne auch mit den Sommerferien zusammenhängen, sagte die Sprecherin. Das Landesarbeitsamt registriere aber „viel Bewegung auf dem Markt. Bis Ende September wird sich da sicher noch einiges tun.“

Die Gesamtzahl der Lehrstellen in Niedersachsen lag Ende Juni bei 47 576 und damit 5,5 Prozent hinter dem Wert des Vorjahres zurück. Dem standen 59 120 Bewerber gegenüber.

Eine Abgabe für Betriebe, die nicht ausbilden, wird von der niedersächsischen Wirtschaft weiterhin einhellig abgelehnt. „Sie würde mehr Schaden als Nutzen bringen“, sagte der Geschäftsführer der Unternehmerverbände Niedersachsen, Thomas Koch, in Hannover. „Eine solche Abgabe würde nicht eine zusätzliche Lehrstelle schaffen, sondern nur einen neuen Kostenschub für die Betriebe bedeuten.“

Auch der stellvertretende Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Hannover, Manfred Bahlburg, bezeichnete die diskutierte Abgabe als nicht hilfreich. „Das ist ein Schuss, der nach hinten losgeht. Die Abgabe schafft nicht mehr Ausbildungsplätze, sondern eine Wahnsinns-Bürokratie.“ Die Gründe für die kritische Situation bei den Lehrstellen seien die schlechte Konjunktur, steigende Insolvenzen der Betriebe, Abwanderungen ins Ausland und Einbrüche in der Informationstechnologie. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund lehnte gestern eine Ausbildungsplatzabgabe in einer Stellungnahme ab.

Es werde immer wieder auch eine zu starre Regelung bei den Berufsschultagen beklagt, sagte Bahlburg. Es sei fraglich, ob der zweite Berufsschultag wirklich sein müsse. „Oft ist es so, wenn es im Betrieb richtig brummt, muss der Lehrling dann gerade zum Blockunterricht.“ Hier sei mehr Flexibilität der Schulen gefragt. Etwa jeder zehnte Betrieb halte zudem die Löhne und Gehälter für zu hoch.

Die Vereinigung der Handwerkskammer Niedersachsen sieht auch in dem geänderten Bewerberverhalten eines der Hauptprobleme für die Lage. „In vielen Sparten gibt es noch zahlreiche freie Stellen“, sagte Geschäftsführer Wolfgang Hinz. „Das Handwerk will ausbilden, nur gibt es oft keine Bewerber.“ So gebe es bei Fleischern, Bäckern, Metallbetrieben und auch dem Bauhandwerk noch zahlreiche freie Plätze. „Aber der Trend bei den jungen Menschen geht eher in Richtung Büro.“

„Die Länder gehen den Beamten ans Weihnachtsgeld“

(HAZ vom 15.03.2003, S.2)

Der verwendete Begriff „Weihnachtsgeld“ ist falsch. Diese Sonderzuwendung im Dezember eines Jahres ist kein Privileg der Empfänger beamtenrechtlicher Versorgungsbezüge, sondern ein Teil ihres Jahresgehaltes. Dieser Bestandteil der Dienst- und Versorgungsbezüge wird seit Jahren jedoch von der Anpassung der Bezüge ausgenommen. Dieses Einfrieren hat dazu geführt, dass der Bezügeanteil nur noch 85,8% eines Monatsgehalts (oder -

pension) beträgt. Das entspricht einer Kürzung des Jahresgehalts von 1%! Am besten wäre es, diesen Teil des Gehaltes in das monatliche Grundgehalt einzubauen, denn dahin gehört es und würde nicht immer falsch als die Sonderzuwendung „Weihnachtsgeld“ genannt, um die dann gestritten wird.

Dies aber bitte nicht den Ländern freigestellt, sondern bundeseinheitlich!
Heinrich Rötter

SPD verlangt Wahlrecht der Krankenversicherung für Beamte

Aus: Rundblick Nr. 107 vom 10.06.03

(rb) Hannover. Ein freies Wahlrecht für Beamte bei der Entscheidung zwischen gesetzlicher Krankenversicherung und Beihilfe verlangt die SPD-Landtagsfraktion in einem Entschließungsantrag für das Juni-Plenum. Der sozialpolitische Sprecher der Fraktion, Uwe Schwarz, verweist in seiner Begründung darauf, dass die Beihilfekosten seit 1985 deutlich stärker gestiegen sind als die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung: In der Beihilfe werde eine Wachstumsrate von 279 Prozent verzeichnet, bei den Krankenkassen von „lediglich“ 187 Prozent. Schwarz hat ausgerechnet, dass das Land Niedersachsen seinen Landeshaushalt um 160 Millionen Euro entlasten könnte, wenn alle Beamten

seit 1985 Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung geblieben wären. Daneben hält er es grundsätzlich für fragwürdig, dass die Beamten faktisch keine Wahlmöglichkeit zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung haben. Dies sei vor allem für Bedienstete mit Kindern oder in unteren Besoldungsgruppen fatal, weil für sie der gesetzliche Krankenversicherungsschutz wesentlich kostengünstiger ist als die Beihilfe. Der SPD-Politiker verlangt zudem eine Begrenzung der Gebührenordnung für medizinische Berufe, eine bessere Kontrolle der von der Beihilfe bezahlten Rechnungen sowie eine Angleichung der Leistungen der Beihilfe an die der gesetzlichen Krankenversicherung.

Buchbesprechung:

Lieber gut gemobbt als schlecht gelebt

Aus: Rundblick Nr. 53 vom 19.03.03

(rb) Jeder tut es, keiner gibt es offen zu: die Freundinnen, die Kollegen, der Chef, die Nachbarn, der Lebenspartner oder die Vordrängler an der Supermarktkasse („Ich habe nur drei Sachen.“) Fortgeschrittene setzen auf gut durchdachte Intrigen und clever eingefädelte Schikanen, um geschmeidiger durch den Alltag und mit möglichst wenig harter Arbeit ans Ziel zu kommen. Der griffige neudeutsche Fachbegriff dafür heißt Mobbing. Für diejenigen, die bereits jede Form von Gutmenschentum zum Teufel geschickt haben und auf möglichst optimale Effekte bei den gezielten Attacken auf das jeweilige Gegenüber setzen, gibt es jetzt einen professionellen Ratgeber für alle Lebenslagen: „Ich mobbe gern!“ heißt das knapp 200 Seiten starke Buch aus dem Eichborn Verlag, das in keinem Bücherregal mehr fehlen sollte, weil es das Zeug zum Standardwerk hat – für Täter und Opfer.

Hinter dem Autorennamen „Alexander Vier“ steckt ein Experten-Kleeblatt, das in leitender Position im baden-württembergischen Wirtschaftsministerium tätig ist, also aus einem reichen Born an ministerieller Mobbingfahrung schöpfen kann. Die Fibel enthält nicht nur die zehn „ultimativen Strategien für mehr Lebensglück“, sondern auch die „Kleine Weltgeschichte des Mobbens“ und die Hitparade der zehn besten Mobber. Die Leserschaft kann sich unter historischen und zeitgenössischen Vorbildern ein Idol auswählen, dem sie oder er nacheifern will: Angefangen von Adam und Eva über Kleopatra, Martin Luther und Katharina die Große bis zu Mahatma Gandhi, Alice Schwarzer, der John-Lennon-Witwe Yoko Ono, dem Profi-Schandmaul Harald Schmidt oder dem

frauenfeindlichen Rapper Eminem reicht die Auswahl, die auch Bundeskanzler Gerhard Schröder einschließt.

Schröder rangiert auf Platz vier unter den Top Ten der Mobbing-Hitparade. Das Autorenteam verneigt sich damit vor dem niedersächsischen „Allround-Mobber“ der die Umarmungsstrategie perfektioniert hat und damit „von ganz unten bis ganz oben“ ins Zentrum der Macht gelangt ist. Die anderen neun zielsicheren Strategien lauten Loyalitäten verletzen, Ablenkungsmanöver, Gerüchte-diplomatie, Solidarisierung, Spielregeln missachten oder ändern, Psychoterror, Körpereinsatz, Unterwerfung und Herabsetzung. Wer sie beherrscht und geschickt zur Königsstrategie bündelt, meistert komplexe Vorgänge wie den Weg vom Jungpolitiker zum Bundeskanzler oder das Überleben im Altersheim, versprechen die Autoren.

Apropos Königsstrategie: Hätte die niederländische Königin Beatrix diesen Mobbingleitfaden rechtzeitig lesen können, wäre ihr bestimmt eine elegantere Lösung für die Diskreditierung ihrer Patentochter Prinzessin Margarita nebst ungeliebtem Ehemann eingefallen, als die recht plumpe geheimdienstliche Ausforschung, mit der sie jetzt so viel Ärger hat. bri

Alexander Vier: Ich mobbe gern. Die 10 ultimativen Strategien für mehr Lebensglück, Eichborn Verlag 2003, ISBN 3-8218-3985-6, 14,90 EURO.

In eigener Sache

Die Betreuung der Pensionäre im Raum Braunschweig Nord liegt ab sofort in den Händen von:

J. Wolframm

Am Hahneberge 3, 38173 Erkerode

Tel.: 05305 – 746, Fax: 05305 - 901768

Grünen: Qualitätssicherung statt Selektion

Aus: Rundblick Nr.123 vom 04.08.03

(rb) Hannover. Die Bündnisgrünen im Landtag befürchten, dass die von der Landesregierung geplante Einführung von Bildungsstandards und Vergleichsarbeiten lediglich dazu dienen soll, „das alte gescheiterte Selektionssystem zu verschärfen“. Vor diesem Hintergrund haben sie einen Entschließungsantrag für das Septemberplenar vorbereitet, der die allgemeine Qualitätssicherung des Schulwesens in den Mittelpunkt stellt. Aus Sicht der Grünen muss die Entwicklung von Standards vor allem der Sicherung von Schulform übergreifenden, jahrgangsspezifischen Mindestniveaus dienen und in enger Abstimmung mit der Kultusministerkonferenz erfolgen. Taugliche Instrumente sind dabei ihrer Ansicht nach u.a. die Definition von sog. Kompetenzstufen. An der Bestimmung der Bildungsziele soll eine breite Öffentlichkeit mitwirken, einschließlich Eltern, Lehrkräften und Schülern. Die Schulen tragen die Verantwortung dafür, dass die jeweiligen Mindestkompetenzen erreicht werden. Im Gegenzug erhalten sie

die erforderlichen Ressourcen sowie „personelle, schulorganisatorische und pädagogische Freiräume“. Regelmäßige Diagnosearbeiten sind als Ausgangspunkte für Verbesserungen des Unterrichts, nicht aber als individueller Bewertungsmaßstab und Selektionsinstrument gedacht. Anderenfalls werde die Verantwortung für das Erreichen eines Mindestniveaus von den Schulen auf den einzelnen Schüler „abgewälzt“, argumentieren die Grünen. Eine interdisziplinäre Kommission aus Wissenschaft und Praxis entwickelt demnach die Bildungsstandards, und die Landesregierung sorgt dafür, dass dies bundesweit koordiniert und arbeitsteilig geschieht, um eine Vergleichbarkeit zu ermöglichen und Kosten zu sparen. Die Entwicklung und Implementierung der Standards soll eingebunden sein in ein Konzept für die Qualitätssicherung der Schulen: Lehrkräfte würden im Zuge der Aus- und Fortbildung für die Arbeit mit den Standards qualifiziert.

Wir gedenken unserer Verstorbenen

Wir trauern um unsere langjährige Kollegin

Studiendirektorin a.D.

Hildegard Engler

* 01.03.1911

† 13.02.2003

und werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Ortsverband
Seesen

Bezirksverband
Braunschweig-Nord

Wir gratulieren und wünschen weiterhin Gesundheit und Zufriedenheit

60 Jahre

Große-Ruse	Erich	Nordhorn	04.07.1943
Albers	Ernst	Meppen	13.07.1943
Krokowski	Dieter	Hannover 2	30.07.1943
Christoph	Mathias	Meppen	07.08.1943

Farr	Karl	Stadthagen	07.08.1943
Tapken	Alfons	Cloppenburg	09.08.1943
Budenberg	Hermann	Osnabrück	19.08.1943
Schumacher	Rolf	Burgdorf-Lehrte	23.08.1943
Jakob	Winfried	Hildesh.Marienburg	24.08.1943
Müller	Frank	Goslar	24.08.1943

Wir gratulieren

Ophuysen	Diederich van	Aurich	26.08.1943
Naber	Gerhard	Cloppenburg	30.08.1943
Hömann	Franz-Josef	Osnabrück	14.09.1943
Johansmann	Franz-Josef	Osnabrück	21.09.1943

65 Jahre

Thiele	Ute	Peine	21.07.1938
Brölhorst	Karl-Heinz	Osnabrück	26.07.1938
Fendt	Hans-Dieter	Braunschweig II	27.07.1938
Sonntag	Werner	Osterode	06.08.1938
Blaschzok	Gerhard	Holzminden	08.08.1938
Neupert	Monika	Aurich	25.08.1938
Knapp	Renate	Holzminden	11.09.1938

70 Jahre

Grossmann	Fridolin	Osnabrück	04.07.1933
Boese	Manfred	Braunschweig II	09.08.1933
Keil	Wolfgang	Braunschweig I	13.08.1933
Müncel	Helmut	Neustadt am Rbg.	13.08.1933
Kabel	Hans-Joachim	Braunschweig II	26.08.1933
Hockmann	Gottfried	Papenburg	15.09.1933
Kozubek	Walter	Göttingen	19.09.1933
Sappert	Dieter	Einzelmitglied	28.09.1933

75 Jahre

Barsnick	Liesel	Lüneburg	29.07.1928
Scheumann	Horst	Stade	14.08.1928
Lorenz	Wilhelm	Stadthagen	24.09.1928

80 Jahre

Lüdemann	Antonie	Verden	14.07.1923
----------	---------	--------	------------

Älter als 80 Jahre

Gebauer	Hildegard	Hannover 21	05.07.1907
Kunstreich	Käthe	Leer	19.07.1907
Benedikt	Annemarie	Oldenburg	30.07.1910
Siefer	Günter	Cuxhaven	29.07.1913
Klemann	Willi	Nienburg	16.07.1916
Bliefernicht	Fritz	Stadthagen	18.07.1920
Ladwig	Reinhold	Braunschweig II	17.07.1921
Witte	Annemarie	Braunschweig II	14.08.1909
Goeldner	Marianne	Seesen	21.08.1911
Wiemeyer	Julius	Nordhorn	03.08.1915
Weber	Hans-Joachim	Lüneburg	05.08.1918
Langhagel	Karl-Heinz	Celle	26.08.1919
Lindemann	Willi	Osnabrück	15.08.1920
Schäfer	Helmut	Stadthagen	26.08.1921
Arndt	Erich	Rinteln	27.09.1910
Schmidt	Ursula	Delmenhorst	14.09.1918

**Redaktionsschluß
der nächsten Ausgabe:**

01.10.2003

An den BUNDESVERBAND DER LEHRERINNEN UND LEHRER
AN BERUFLICHEN SCHULEN
Landesverband Niedersachsen e.V.
Kurt-Schumacher-Str. 29 • 30159 Hannover
Tel. (05 11) 32 40 73 • Fax (05 11) 3 63 22 03

Aufnahmeantrag und Einzugsermächtigung

Name _____ Vorname _____

Geburtsdatum _____ Bezirksverband _____

Ortsverband _____ Dienststelle/Schule _____

Straße _____ PLZ/Wohnort _____

Tel./Fax _____ Eintritt Schuldienst _____

Amtsbezeichnung _____ Besoldungs-/Vergütungsgruppe _____

Berufsfeld _____ Unterrichts-Fächer _____

Konto-Nummer _____ BLZ _____

Bankverbindung _____

**Ich erkläre hiermit meinen Eintritt in den
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer
an beruflichen Schulen (BLBS)**

zum _____ .

**Ferner ermächtige ich den BLBS widerruflich, den von
mir zu zahlenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich zu Lasten
meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.**

**Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist,
besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine
Verpflichtung zur Einlösung.**

Ort _____ Datum _____ Unterschrift _____

Für die Mitgliederverwaltung:

Aufnahme in die Datei am: _____

Aufnahmebestätigung am: _____

Kopie an Kassenwart: _____